

Hintergrund

Montag, 9. Juli 2007



Professor Andreas Ladner: «Parteien verlieren durch «Smartvote» eines ihrer wichtigsten Monopole». (anne morgenstern)

Mehrwert

 «smartvote»

28. Juni 2007, 9:46

Letzte Aktualisierung: 9. Juli 2007, 14:26

Per Mausklick zum idealen Kandidaten

Andreas Ladner beantwortet Fragen zu «Smartvote»

Die Online-Wahlhilfe «Smartvote» verspricht Wählern mit Hilfe eines Fragebogens diejenigen Kandidierenden und Parteien zu finden, die ihren politischen Werten und Präferenzen am ähnlichsten sind. Auch für die anstehenden Nationalratswahlen wird «Smartvote» wieder aufgeschaltet.

Das System «Smartvote» ist einfach: Kandidierende Politiker und Wähler beantworten 36 oder 73 Fragen zu aktuellen politischen Themen. Die Online-Wahlhilfe berechnet dann aufgrund der Übereinstimmung bei den Antworten eine Rangliste der Kandidierenden. Für die Wähler wird sofort ersichtlich, welcher Politiker und welche Partei den eigenen Positionen am nächsten kommt.

Hohe Beteiligung

Zum ersten Mal wurde «Smartvote» bei den Nationalratswahlen 2003 angeboten. 250'000 Interessierte liessen sich vor vier Jahren eine Wahlempfehlung erstellen. Seither kam «Smartvote» bei den städtischen und kantonalen Wahlen in St. Gallen, Thurgau, Bern, Zürich, Waadt, Genf und im Tessin zum Einsatz. Die Beteiligung war gross. In Bern beispielsweise füllten 75 Prozent der Kandidierenden den «Smartvote»-Fragebogen aus. Ein Drittel der Wahlgänger der Stadt Bern, 10'000 Personen, liessen sich eine Wahlempfehlung geben. Für die diesjährigen Nationalratswahlen wird gar mit 350'000 «Smartvote»-Usern gerechnet.

Das Projekt «Smartvote» wird auch von einer Reihe von Wissenschaftlern von Schweizer Universitäten und Fachhochschulen verfolgt. Der Politologe Andreas Ladner untersucht im Rahmen des NCCR Democracy des Schweizerischen Nationalfonds das Funktionieren und mögliche Auswirkungen von «Smartvote». Er nimmt im Interview Stellung.

Andreas Ladner, was ist die Grundidee von «Smartvote»?

Die Wählenden stehen heute vor einem Problem: Sie müssen aus der grossen Anzahl von Kandidierenden die richtigen Politiker herausfiltern. Dieses Problem will «Smartvote» lösen. Die Entwicklung, dass die Wählenden heute weniger nach Parteizugehörigkeit wählen, sondern nach anderen, subjektiven Kriterien, soll stärker berücksichtigt werden.

Sie haben die Vorteile von «Smartvote» angesprochen. Welches sind die Risiken der Online-Wahlhilfe?

Das Risiko besteht, dass die zu beantwortenden Fragen auf eine Weise formuliert werden, welche die Ergebnisse beeinflussen könnten.

Nach welchen Kriterien wird dieser «Smartvote»-Fragebogen erstellt?

Die Betreiber von Smartvote sind Studierende, ehemalige Studierende und Leute, die sich für Politik interessieren. Diese versuchen, einen möglichst ausgewogenen Fragebogen zusammenzustellen, welcher die verschiedenen politischen Unterschiede und Probleme abdeckt. So soll eine optimale Übereinstimmung zwischen den Bedürfnissen, den politischen Positionen der Wählenden und den Positionen der Kandidierenden geschaffen werden.

Könnte es deshalb ein Problem sein, dass Kandidierende strategisch und nicht gemäss ihren wahren Präferenzen den Fragebogen ausfüllen, um so möglichst viele Stimmen zu erhalten?

Dies ist sicherlich eine grosse Gefahr. Man kann den Kandidierenden jedoch nicht verübeln, wenn sie mit ihren Antworten möglichst viele Wählerstimmen gewinnen wollen. Allerdings müssen sich die Kandidierenden bewusst sein, dass ihre Antworten bei «Smartvote» Wählenden und Medien transparent gemacht werden. Trotzdem, für «Smartvote» besteht hier Handlungsbedarf. Man könnte beispielsweise bei einer nachfolgenden Wahl auch das Abstimmungsverhalten eines gewählten Kandidaten im Rat mitliefern. So könnte die Transparenz weiter gesteigert werden.

Verliert die Parteizugehörigkeit der Kandidierenden zugunsten der von ihnen vertretenen Positionen in den einzelnen Sachfragen an Bedeutung?

Dies ist sicherlich ein Effekt, den man im Auge behalten muss. Auch die Parteien müssen die Entwicklung mitverfolgen. Letztlich findet eine Entkoppelung der Auswahl der Kandidaten von der Parteiliste statt. Leute wählen durch «Smartvote» nicht mehr parteigebunden, sondern personenzentriert. Und damit wird zumindest in diesem Bereich die Bedeutung der Parteien zurückgestuft.

Wann kommt das Ende der Parteien?

Ich glaube nicht, dass uns das Ende der Parteien bevorsteht. Wir werden auch in den nächsten Jahren noch Parteien haben, auch noch Parteien brauchen. Parteien nehmen in der Demokratie eine sehr wichtige Funktion ein. Es ist aber so, dass mit «Smartvote» die Parteien eines ihrer wichtigsten Monopole einbüßen. Sie verlieren ihre dominante Rolle bei der Auswahl und der Hervorhebung von Kandidaten auf Wahllisten.

Vor vier Jahren reagierten SP und SVP tendenziell positiver auf die Idee «Smartvote» als die FDP und CVP. Wie hat sich die Akzeptanz von «Smartvote» seither entwickelt?

Grundsätzlich ist «Smartvote» etablierter und deshalb auch breiter abgestützt als noch vor vier Jahren. Trotzdem gibt es auch heute noch einzelne Parteien, z.B. die SVP Zürich, die sich nicht für die Idee «Smartvote» begeistern können, die nicht mitmachen wollen. Dies hat vor allem damit zu tun, dass die Parteien bei den Nationalratswahlen 2007 für die Teilnahme der Kandidierenden, respektive nur für die letztlich Gewählten einen Beitrag entrichten müssen (mehrere hundert Franken, Anm. d. Red.).

Welche Parteien sind bei «Smartvote» mittlerweile am meisten vertreten?

Das kann man zum jetzigen Zeitpunkt für die Nationalratswahlen noch nicht abschliessend beurteilen. Offensichtlich ist einzig, dass Kandidierende, die eher im

hinteren Bereich einer Liste platziert sind, eine solche Wahlhilfe wie «Smartvote» bedeutend wichtiger einschätzen und sie positiver interpretieren. Sie sind der Meinung, dass sie damit den Abstand auf die anderen Kandidierenden aufholen können. Doch letztlich ist es die Entscheidung der einzelnen Parteisekretariate, ob die Partei bei «Smartvote» mitmacht. «Smartvote» hat jedoch das Ziel, dass möglichst alle Kandidierenden vertreten sind. Die Plattform steht allen offen.

Wie ist die Resonanz bei den «Smartvote»-Usern? Wie haben sich die Zahlen in den letzten Jahren entwickelt?

Der Bekanntheitsgrad von «Smartvote» hat zugenommen. Die Zahl der User steigt. Bei den Nationalratswahlen 2003 wurden 250'000 Wahlempfehlungen ausgestellt. Die Betreiber von «Smartvote» rechnen damit, dass die Userzahl dieses Jahr bei den Nationalratswahlen bei 350'000 liegen wird.

Kann man aber davon ausgehen, dass die Wahlhilfe «Smartvote» auch das Wahlverhalten von 350'000 Menschen beeinflusst?

Um diese Frage zu beantworten, können wir uns nur auf eigene Umfragen unter den Usern stützen. Diese gaben in der Tat an, dass das «Smartvote»-Ergebnis sie in ihrem Wahlverhalten beeinflusst hat. Viele User wählten Politiker, die sie ohne «Smartvote» nicht gewählt hätten. Viele gaben an, dass sie Kandidaten aus verschiedenen Parteien berücksichtigt hätten. Ich denke, wenn eine Wahlplattform etabliert ist und in grossem Stil genutzt wird, sind Auswirkungen auf das Wahlverhalten möglich.

Wie entwickelt sich die Plattform weiter?

«Smartvote» versucht andauernd den Fragebogen weiterzuentwickeln und die Fragen an aktuellen politischen Themen anzupassen und weitere Funktionen und Auswahlkriterien einzubauen. Letztlich soll mit der Plattform ein fertiger Wahlzettel erstellt werden können.

Wann wird das angesprochene integrierte E-Voting umgesetzt?

«Smartvote» arbeitet an unzähligen Möglichkeiten, den Bereich der elektronischen Demokratie weiter zu optimieren. Eine Idee ist natürlich, dass man die Auswahl, die man mit Hilfe von «Smartvote» getroffen hat, irgendwann einmal direkt an die staatliche Behörde übermitteln kann. Nur so macht das vom Bund geförderte E-Voting überhaupt einen Sinn.

Interview: Beni Widmer

Andreas Ladner ist Professor für öffentliche Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP Lausanne und Projektleiter des Projektes «smart-voting» im Rahmen des NCCR-Forschungsprogramms «Challenges to Democracy in the 21st Century».

(sf/widb)